

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Selbstbestimmtes Leben im Alter unterstützen

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 218.20 / 18.06.2020

Selbstbestimmung ist ein hohes Gut

Sehr geehrte Damen und Herren,

Selbstbestimmung ist genau wie Freiheit ein hohes Gut. Selbstbestimmung für alle und in jedem Alter zu gewährleisten, sollte unser gemeinsames Ziel sein. Ältere Bürger*innen wollen fast alle möglichst lange selbstbestimmt in der gewohnten und vertrauten Umgebung leben können. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie dabei zu unterstützen.

Ein wichtiger Baustein kann eine entsprechende Beratung sein. Eine Beratung darüber, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt und welche finanzielle Unterstützung. Wo und wie wird ein Pflegegrad beantragt? Welche Anbieter für Pflege oder Haushaltsdienstleistungen gibt es im Umfeld? Sind Senior*innen- oder Nachbarschaftstreffs in der Nähe zu finden? Welche Mobilitätsalternativen zum eigenen Auto gibt es? Und noch vieles andere mehr.

Wir Grüne unterstützen alle Aktivitäten, die das Ziel eines selbstbestimmten Lebens im Alter verfolgen, aus vollem Herzen. Die Entscheidung, ob und wie Senior*innen sich beraten lassen, ist aber eine persönliche. Eine Beratung sollte dann erfolgen, wenn die Notwendigkeit besteht und es einen entsprechenden Wunsch gibt. Ein automatischer Beratungsbesuch zu Hause ab einer bestimmten Altersgrenze scheint uns nicht das richtige Instrument zu sein.

Angebote zur Unterstützung älterer Menschen gibt es eine ganze Menge. Solche auf gesetzlicher Basis in den Bereichen Pflege und Gesundheit, solche auf freiwilliger oder ehrenamtlicher Basis im Rahmen von Vereinen, Verbänden und Nachbarschaftshilfe. Deshalb ist es wichtig, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Darauf zielt unser Jamaika-Antrag ab.

Landesregierung, Kommunen, Sozialverwaltungen, soziale Verbände, Senior*innenbeiräte, Pflegestützpunkte und Pflegekassen - Sie alle werden gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten mitzuwirken und zu unterstützen. Beratung ist dabei ein wichtiger Ansatz. Aber es gibt mehr.

Dazu zählen der Erhalt und die Stärkung der Mobilität - zum Beispiel durch Bürger*innenbusse, Anruflinien-Fahrten (ALFA) oder Sammeltaxen. Dazu gehört auch die Digitalisierung. Sie ist für viele Ältere eine neue Herausforderung. Aber sie bietet auch jede Menge Chancen.

Es ist die Aufgabe der Landesregierung, ihre weiteren Digitalisierungsbemühungen senior*innengerecht zu begleiten und umzusetzen. Natürlich möchten wir auch wissen, welche Fortschritte die gemeinsamen Bemühungen bringen werden. Deshalb bitten wir die Landesregierung, im 1. Quartal 2021 dem Sozialausschuss und dem Landtag einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Ich bin sehr gespannt, was dabei herauskommt.
